

Zug fordert arme Kantone zum Sparen auf

Reicher Kanton senkt Steuern Weil Zug die Steuern auf rekordtiefes Niveau senkt, kommen in Bern Wünsche auf: Der Kanton soll mehr in den Finanzausgleich einzahlen. SVP-Regierungsrat Heinz Tännler schießt zurück.

Cyrrill Pinto

Das finanzpolitische Paradies liegt dort, wo die Kirschbäume blühen: Einen Überschuss von 461 Millionen Franken verbuchte der Kanton Zug im letzten Jahr. Und die Geldvermehrung wird weitergehen. Schon in ein paar Jahren rechnet Zug mit 3 Milliarden Franken Eigenkapital. Der Kanton weiss nicht wohin mit dem ganzen Geld.

Deshalb werden die heute schon tiefen Steuern nochmals gesenkt: Auf 78 Prozent wird der Steuerfuss in den kommenden Jahren vorübergehend gesenkt. Zusätzlich übernimmt der Kanton fast die gesamten Spitalkosten, wodurch die Krankenkassenprämien sinken sollen.

Doch die Entwicklung im Kanton Zug weckt Begehrlichkeiten. Forderungen nach einer Anpassung des Finanzausgleichs werden laut. So fordert Grünen-Nationalrat Felix Wettstein eine stärkere Beteiligung der reichen Kantone am Finanzausgleich (NFA). Er hat dazu bereits einen Vorstoss eingereicht.

«Mehrere Sparpakete umgesetzt»

Dagegen wehrt sich der Zuger Finanzdirektor Heinz Tännler (SVP) und spielt den Ball zurück an die finanzschwachen Kantone. Zug habe früh die Steuern für Unternehmen und Reiche gesenkt und damit eine Entwicklung in Gang gesetzt, erklärt er auf Anfrage. «Jetzt können wir einen Teil der Einnahmen an die Steuerzahler zurückgeben», sagt er.

Gleichzeitig wehrt sich der Zuger Finanzdirektor gegen das Bild des einseitigen Profiteurs. «Zwischen 2013 und 2017 ging es uns finanziell schlecht. Der Kanton Zug hat daraufhin mehrere Sparpakete umgesetzt», sagt Tännler und fügt hinzu: «Das ist mit ein



Steuerparadies Zug: Der Kanton verbuchte im letzten Jahr einen Überschuss von 461 Millionen Franken. Foto: Urs Flüeler (Keystone)

Grund, weshalb er finanziell so gut dasteht.» Konkret habe man im Rahmen von drei Sparrunden die Verwaltung verschlankt. Gewisse Aufgaben übernehme der Kanton nicht mehr. Und auch die Verträge mit Leistungserbringern wurden überprüft. «So konnten wir einen dreistelligen Millionenbetrag nachhaltig einsparen», sagt Tännler.

Tännler mahnt die anderen Kantone, insbesondere die Nehrmerkantone, es Zug gleichzutun. Sie sollen ihre Strukturen überprüfen und bereinigen: «Jeder Kanton muss seine Hausaufgaben machen – etwa auch der

Kanton Bern als grösster Empfänger von Mitteln aus dem Finanzausgleich.»

Bern erhält schon länger Ausgleichszahlungen. Über 1,3 Milliarden Franken waren es zuletzt, im nächsten Jahr werden es sogar 1,4 Milliarden sein.

Tännler beobachtet mit Sorge, wie die Steuereinnahmen in manchen Kantonen stagnieren. «Die Einnahmen müssen intelligenter investiert werden, damit in der Folge auch die Steuereinnahmen auf hohem Niveau steigen», so Tännler. Am Finanzausgleich will er nichts ändern. «Er ist ein fein austariertes Konstrukt, daran dürfen wir jetzt nicht herumerschrauben.» Im kommenden Jahr wird der Kanton Zug Zürich als grössten Einzahler ablösen und 431 Millionen Franken in den Finanzausgleich einzahlen.

Die Berner Finanzdirektorin Astrid Bärtschi (Mitte) wehrt sich gegen die Vorwürfe aus dem Kanton Zug: «Wir überprüfen regelmässig unsere Strukturen, doch die sind in keiner Weise vergleichbar mit denjenigen des Kantons Zug.» In absoluten Zahlen erhalte der Kanton Bern zwar am meisten Geld aus dem NFA. Doch mit einem Pro-Kopf-Betrag von etwas über 1000 Franken lie-

ge der Kanton Bern ziemlich genau im Mittelfeld der Empfängerkantone.

Bärtschi findet es wichtig, dass über den Finanzausgleich gesprochen wird – auch mit Blick auf die Entwicklung in Zug: «Die Unterschiede zwischen den Kantonen haben sich seit der Einführung des NFA im Jahr 2008 nicht wie erhofft verringert, sondern vergrössert.» Diese Entwicklung werde sich mit der geplanten Einführung der OECD-Ergänzungsteuer wohl noch akzentuieren.

«Unser Föderalismus baut auf der Steuerautonomie und dem Steuerwettbewerb auf. Aber die

Bürgerinnen und Bürger werden dieses System nur so lange mittragen, wie es als fair empfunden wird.» Der NFA sei wichtig für die Solidarität zwischen starken und schwachen Kantonen.

Der Bericht des Bundes zur Wirksamkeit des Finanzausgleichs war bis vor kurzem in der Vernehmlassung. Auch die Kantonsregierungen äusserten sich dazu. Im September will der Bundesrat das weitere Vorgehen beschliessen. «Die kurzfristige finanzpolitische Lage weniger Kantone ist keine Basis, um grundlegende Änderungen des Systems zu fordern», gibt Bärtschi zu bedenken.

Kantone «stehlen sich aus der Verantwortung»

Thema ist der Finanzausgleich auch deshalb, weil es beim Bund finanziell eng wird – und Regierung und Parlament Ausgaben streichen müssen. Deshalb zielt der Grünen-Nationalrat Wettstein mit seinem Vorstoss nicht nur auf die reichen Kantone, sondern auch auf eine Entlastung des Bundes. Dieser zahlt heute mit 2,7 Milliarden Franken mehr in den NFA-Topf ein als die acht reichsten Kantone zusammen; Zug, Schwyz, Nidwalden, Basel-Stadt, Genf, Zürich, Obwalden und Appenzell Innerrhoden zahlten letztes Jahr 1,8 Milliarden ein. Gleichzeitig verzeichneten diese acht Kantone einen nicht budgetierten Überschuss von 2,9 Milliarden.

Auch die Präsidentin der Finanzkommission des Nationalrats, Sarah Wyss (SP), hält den Beitrag des Bundes für hoch und unterstützt eine Diskussion zum Finanzausgleich – aber auch zur Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen. «Es darf nicht sein, dass sich die Kantone aus der Verantwortung stehlen und dann anschließend die Steuern senken», findet Wyss.

Wer im Sarco sterben will, muss nichts bezahlen

Neue Methode Die Promotoren der Sterbehilfe-Kapsel versprechen Klarheit, bleiben aber Antworten auf zentrale Fragen schuldig.

Für Florian Willet ist der Fall klar: «Ich werde den Sarco vermutlich selbst nutzen, statt schwer krank meine letzten Tage miserabel zu durchleben.» Der Deutsche spricht für die neue Schweizer Sterbehilfeorganisation The Last Resort. Und er wirbt für den neuartigen «Euthanasie-Pod», der seit ein paar Tagen in der Schweiz Schlagzeilen macht.

Mit Willet trat gestern in Zürich auch die australische Sterbehilfeaktivistin Fiona Stewart auf. Sie sagte, The Last Resort wolle «Klarheit schaffen» und «Falschinformationen» ausräumen, die über die Sarco-Kapsel verbreitet worden seien.

Stewart ist die Ehefrau von Philip Nitschke, dem Entwickler der Sarco-Kapsel. Rechtlich stehen deren Einsatz rein gar nichts entgegen, sagte sie. Ihr Team von Juristen habe das abgeklärt.

Dass der Walliser Kantonsarzt diese Woche den Einsatz des Sarco vorsorglich verboten hat und der Kanton Schaffhausen mit strafrechtlichen Konsequenzen droht, hat für Willet nichts zu bedeuten. «Es gibt ja noch mehr



Direkt ins Jenseits: Die Sterbehilfe-Kapsel. Foto: Ennio Leanza (Keystone)

Kantone, und wir sind mit mehreren im Gespräch», erklärte er.

Auf Anfrage sagen die Gesundheitsdirektionen der Kantone Basel-Stadt, Bern und Zürich, bei ihnen seien bis gestern keine Anfragen zum Sarco eingegangen. Eine Sprecherin der Zürcher Gesundheitsdirektion ergänzt: «Was wir bisher medial vernommen haben, wirft kritische Fragen hinsichtlich der An-

wendung, Durchführbarkeit und Patientensicherheit auf.» Die assistierte Suizidhilfe unterliege strengen Richtlinien.

Fiona Stewart gab sich vor den Medien dennoch unerschütterlich: «Der Sarco wird noch in diesem Jahr in der Schweiz zum Einsatz kommen.» Bei der Pressekonferenz wurde die Sarco-Kapsel präsentiert. Sie erinnert äusserlich an Tiefschlafkapseln aus Sci-

ence-Fiction-Filmen. Die Farbe, ein sattes Lila, symbolisiere Würde, heisst es bei der Sterbehilfeorganisation.

Überraschender Auftritt

Um die Funktionsweise zu erklären, trat überraschend und unangekündigt der Erfinder persönlich auf. Philip Nitschke sagte, wenn sichergestellt sei, dass die sterbewillige Person bei Sinnen sei und ihren Entscheid verstehe, könne sie sich in den Sarco legen und den luftdichten Deckel schliessen. «Anschließend drückt sie einen Knopf, der den Prozess in Gang setzt.» Darauf steigt der Stickstoffgehalt in der Kapsel schnell an, was zu Sauerstoffmangel führt. Dies verursacht laut Nitschke zunächst ein Gefühl der Euphorie, gefolgt von Bewusstlosigkeit und schliesslich einem schnellen, schmerzlosen Tod.

Für Stewart ist gerade die Verwendung von Stickstoff ein grosser Vorteil des Sarco. Das Gas sei frei erhältlich, im Gegensatz zum ärztlich verschriebenen Natriumpentobarbital, das bei Freitodbegleitungen von Exit und den an-

deren Schweizer Sterbehilfeorganisationen angewendet wird.

Der Walliser Kantonsarzt Eric Masserey allerdings beurteilt das anders. Ihm zufolge gilt Stickstoff bei Verwendung in der Sterbehilfe als Medikament. Deshalb müsse die Verwendung von der Heilmittelkontrolle Swissmedic oder der kantonalen Behörde zugelassen werden. Da diese Zulassung nicht vorliegt, verstösst der Stickstoffgebrauch demnach gegen das Heilmittelgesetz. Auf Anfrage bestätigt ein Sprecher von Swissmedic: «Man kann durchaus zum Schluss kommen, dass es sich beim einzusetzenden Stickstoff um ein zulassungspflichtiges Medizinale handelt.» Swissmedic betont aber, dass bislang zu wenig Informationen über den Sarco und seine Funktionsweise vorliegen, um über dessen Rechtmässigkeit entscheiden zu können.

Im Fall eines assistierten Suizids in der Kapsel müssten die Strafverfolgungsbehörden konkret entscheiden, ob der Einsatz rechtmässig erfolgt ist.

Das Schweizer Strafrecht regelt die Sterbehilfe in Artikel 115.

Demnach ist Beihilfe zum Suizid nur «aus selbstsüchtigen Beweggründen» strafbar. Also namentlich, wenn jemand aus finanziellem Interesse einem anderen Menschen beim Suizid hilft.

Zu diesem Punkt sagte Stewart, der assistierte Suizid bei The Last Resort sei für die Interessenten umsonst. «Wir finanzieren uns über Spenden», sagte Willet. Die Entwicklung des Sarco kostete laut Stewart rund 600'000 Euro und dauerte zwölf Jahre. Nitschke stellt das Gerät kostenlos zur Verfügung, es wird nach Gebrauch wiederverwendet. Der Erfinder will den Konstruktionsplan auch mündigen Personen über 50 zur Verfügung stellen, sodass sie die Kapsel mit einem 3-D-Kunststoffdrucker selbst nachbauen können.

Edgar Schuler

Haben Sie selbst Suizidgedanken, oder kennen Sie Betroffene? Kinder und Jugendliche: Telefon 147 (www.147.ch). Erwachsene: Telefon 143 (www.143.ch). Die Angebote sind vertraulich und kostenlos.